

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. — Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Kollegen! Ostern, die Zeit der Schulentlassung, ist vorbei. Führt die Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter unseren Jugendabteilungen zu!

Nun erst recht!

Mit Schauern hat der vernünftig denkende Teil des deutschen Volkes die Vorgänge der letzten Wochen im Ruhrgebiet verfolgt. Mord und Plünderung beherrschten wochenlang das gepöbelte Land, eine Schreckensherrschaft, die sich ihrer russischen Vorbilder nicht zu schämen braucht, war ausgerichtet. Die schuldige Bevölkerung seufzte unter einer Genügsamkeitsdiktatur brutaler Art. Inzwischen dürfte die äußere Ordnung wiederhergestellt sein. Der Terror aber treibt weiter seine giftigen Blüten. Was unsere Kollegen in diesen Wochen an brutalem Genügsamkeitszwang erleben mußten, stellt alles in den Schatten, was bisher von jener Seite in der Bergemalaktion Andersdenkender geleistet wurde. Arbeits- und Preislosmachungen nur wegen der Zugehörigkeit zu unserem Verbands sind wieder in Schwung gekommen wie nur sie; wo der Erfolg ausbleibt, droht man nicht selten mit körperlicher Gewaltanwendung. In einem größeren Industrieort des Westens wurde unseren Kollegen mit diktatorischer Welle, die jene Herrschaften so reizend ziert, erklärt: „Wir können keinen christlichen Verband mehr.“

Glauben die radikalen Herrschaften im Ernste, daß es bereits soweit ist? Dann dürften sie uns doch ganz gewaltig unterschätzen. Schließlich gehören auch zum Terrorismus zwei: einer der ihn ausübt und einer, der ihn sich gefallen läßt.

Wir christlichen Bauarbeiter sind jedenfalls nicht aus dem Felde geschickt, daß wir die Gewaltakte der radikalen Genügsamkeitsdiktatur eines Lenin und Trotzki ruhig und kampflös hinnehmen. Nicht deshalb haben wir schließlich zwanzig Jahre und länger den Kampf um die Existenzberechtigung unseres Verbandes geführt und dabei erreicht, daß auch die anständigen Elemente der Christlichkeit unserer Ziele nicht mehr in Zweifel zu ziehen wagen, um uns jetzt unter das Joch von Dauter zu beugen, deren ganzes Wissen und Können bestenfalls darin besteht, daß sie mit einer Anzahl unverbauter Schlagworte mehr oder weniger geschickt zu jonglieren verstehen. Früher, als der Kampf für die Interessen der Bauarbeiter ungleich schwerer war und nicht selten persönlichen Mut erforderte, haben sich die wenigsten der radikalen Schreier von heute einen Mut unter ihren Berufscollegen zu machen gewagt. Damals haben sie nicht selten als Unorganisierte unsere Arbeit um die Besserung der Lage der Bauarbeiter sabotiert oder als Gelbe offenen Verrat an ihrer Klasse begangen. Das war damals billig und bequem so, wie es heute billig und bequem ist, sich radikal zu gebärden. Aber das sind nicht die Männer, die uns imponieren können und noch viel weniger fürchten wir sie. Solange sie mit dem Revolver und der Handgranate im Gürtel herumspazieren konnten, mochte ihnen nicht schwer fallen, zum Schrecken ihrer Kollegen zu werden. Die Ära des Revolversozialismus ist aber auch im Ruhrgebiet bis auf weiteres definitiv endgültig vorbei. Jetzt muß den Terroristen auf die Finger geklopft werden und wir dürfen nicht, daß unsere kampferprobten Mitglieder im Westen das gründlich bezorgen werden.

Schließlich ist es nicht das erste Mal, daß fanatische Gegner versuchten mit dem Mittel des Terrors uns die Lebensader abzuschneiden. Der Terror hat als Mittel der Waffe des Verbandes gekannt und angewandt muß gesagt werden, daß die Hoffnungen der Gegner damals gar nicht so unberechtigt schienen. Auf jener Seite alle, starke Verbände mit Führern, die eine Jahrzehntelange Erfahrung hinter sich hatten, die schamlose Anführung und Führer, die zwar viel von sich selbst und noch mehr von anderen erwarteten, aber die Erfahrung erst durch und in der langen Bergemalaktion machen mußten. Das ist eine Karte der Zukunft, die wir uns nicht aufgeben dürfen. Wir müssen einen Verband, der in der Lage ist, sich

sich bedroht fühlenden Gegner heraus. Das waren schlimme Zeiten für den jungen Verband und noch mehr für seine neugewonnenen Mitstreiter. Mancher einer der alten Kämpfer ist in jenen Jahren zum Märtyrer an seiner Ueberzeugung geworden. Oft mehrmals hintereinander aus der Arbeit gedrängt, wochen- und monatelang brotlos und dann wieder von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle gehetzt, das war das Los, das gar mancher der ersten Vorkämpfer unserer christlichen Gewerkschaftsidee hat auskosten müssen bis zur bitteren Reife. Die Begeisterung und den frischen Kampfesmut hat man ihnen dadurch nicht rauben können. Jeder neue Schlag, der die junge Bewegung vernichtend treffen sollte, stärkte nur die Widerstandskraft der Kämpfer und ließ sie sich erneut geloben, um erst recht den Kampf für die als richtig erkannte Idee zu wagen.

Ein Fall aus jener Zeit verdient der Vergessenheit entrissen zu werden. Im Dortmunder Gebiet war's. Ein junger, kaum siebzehnjähriger Kollege war als einziger christlich organisierter unter eine Motte sogenannter Fremdschriebener geraten. Als alle ihre Befehlshaber an der Ueberzeugungstreue des jugendlichen Kollegen scheiterten, zerschlugen sie aus Wut seine Wasservase. Da packte der Kollege sein Bündel und ging. Abends in der Versammlung trug er uns seinen Fall vor, lebend zwar vor innerster Erregung, aber nicht im geringsten entmutigt. Seinen Bericht schloß er mit den Worten: „Nun erst recht.“ Das war der Geist, an dem damals alle terroristischen Anschläge zerschanden wurden. Der Bewegung als Ganzes hat der Terrorismus erst recht nicht schaden können; gerade in jenen Zeiten, wo sie dauernd in Hochspannung gehalten wurde, festigte sie sich und wuchs nach innen und nach außen.

Wenn trotz dieses Ausganges Unabhängige, Kommunisten und wie die Terroristen aus Beruf alle heißen, glauben, es mit einer neuen Terroristiwelle gegen uns versuchen zu sollen, so dürfen sie, wenigstens soweit unser Zutun in Frage kommt, des negativen Ergebnisses von vornherein versichert sein. Sie werden damit nur unseren Willen stärken, nun erst recht einzutreten für unseren christlichen Bauarbeiterverband und ihn zu verteidigen gegen alle Anschläge. Die beste Verteidigung besteht darin, daß wir die Reihen des Verbandes verstärken, wenn möglich verdoppeln, d. h. daß wir ihm neue Mitglieder zuführen. Je stärker wir sind, um so wirksamer sind wir geschäftig gegen terroristische Gewaltakte. So stark müssen wir sein, daß terroristische Instinkte gar nicht erst aufkommen und wo sie aufkommen bereits im Keime erstickt werden. Das Ziel wird erreicht werden, wenn ein jedes Mitglied in der Mitgliederwerbung seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut. „Nun erst recht“, das muß die Parole sein.

Militärputsch und Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat durch den Militärputsch einen gewaltigen Schlag bekommen. Der Putsch hatte bekanntlich den Generalstreik zur Folge. Nicht nur in Berlin, sondern in allen anderen Industriezentren, auch auf dem Lande, sah man durch Arbeitsniederlegung Kapp und Wittich zum Abtreten zu zwingen. Das ist auch halb gelungen. Aber die Folgen werden noch lange nachhallen. Der Generalstreik ist ein zweischneidiges Schwert. Mit der einen Seite hat er Kapp-Wittich niedergemacht, mit der anderen Seite hat er aber das eigene Volk getroffen und verheert. Schon ein bloßes Streikschließen kann einen langen Generalstreik an dem besonders der Bergbau und das Bergbauwesen beteiligt sind, nicht erlösen oder fast

schwer überwinden. Wieviel mehr muß ein Wirtschaftswelt, wie das deutsche, darunter leiden, das ohnehin aus tausend Wunden blutet.

Es muß offen ausgesprochen werden: Manches hätte besser gemacht werden können von unserer bisherigen Regierung, aber ebenso muß zugegeben werden, daß die Verhältnisse zum Teil stärker waren als die Menschen, daß vieles nicht besser gemacht werden konnte, weil das deutsche Volk selbst — Landwirtschaft, Handel, Industrie und Konsumenten — den verschiedenen Maßnahmen stärksten Widerstand entgegensezte und sich nur in Kritik erging. Manches konnte aber auch nicht besser gemacht werden, weil wir nicht Herren im eigenen Lande, sondern von der Entente abhängig sind. Es sei nur an das Bestreben erinnert, eine Grenzkontrolle zu errichten, eine Ein- und Ausfuhrregelung vorzunehmen, das sogenannte Loch im Westen zu stopfen und dergleichen mehr.

Trotz aller Schwierigkeiten waren wir aber in den letzten Wochen auf dem Wege der Besserung. Gerade am Sonnabend des Kapp-Putsches lief die Meldung ein, daß die Entente bzw. die Rheinlandkommission unsere Ausfuhrverbotsgesetzgebung genehmigt hat. Damit war das Loch im Westen wenigstens in Bezug auf die Ausfuhr verstopft. Infolge der Verkehrsunterbrechung konnten aber nicht die für uns günstigen Konsequenzen gezogen werden. Unsere Ein- und Ausfuhr nahm günstige Gestaltung an, die Arbeitslosenziffer ging zurück, die Beschäftigung der Industrie nahm zu, der Marktwert stieg, das Vertrauen im Ausland wuchs. Die Produktion im Innern, sowohl bei der Landwirtschaft wie bei der Industrie, nahm eine Aufwärtsbewegung an.

Aber manchen Leuten ging es nicht schnell genug, besonders denen, die die meiste Opposition trieben, sich nur in Kritik ergingen, Fortwährend Preiserhöhungen verlangten, Aufhebung der Zwangswirtschaft und Freigabe der Produktion forderten, den Schleichhandel begünstigten und dergl. mehr. Am 13. März versuchte man es mit einer Eisenhartkur. Einige Quertöpfe wollten die Regierung stürzen, eine neue bilden und glaubten, wie sie wenigstens behaupten, dem deutschen Volk einen Dienst zu erweisen. Welchen Dienst sie ihm erwiejen, sehen wir jetzt an den Wirkungen dieses Putsches. Kapp-Wittich haben ungefähr gewirkt wie ein Elefant in einem Porzellanladen. Das deutsche Volk wird die Kosten noch lange auskosten haben. Das Vertrauen im Ausland ist gesunken. Unsere Valuta sank in den ersten Tagen der Umsturz- bewegung ganz rapide. Holland hat sofort die bereits vorliegenden Warenangebote zurückgezogen, auch Dänemark hat Schwierigkeiten gemacht bzw. Sicherheiten verlangt. Die in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Beschaffung von Rohstoffen, besonders Textilstoffen, sind unterbrochen worden. Das Ausland hat die Vorgänge benutzt, einen Preisdruck auszuüben. Der Produktionsanstieg ist ein gewaltiger, bedingt der Anstieg an Arbeitslöhnen. Die Kohlenförderung ist wesentlich zurückgegangen. Die Baggerstellung sank an einigen Tagen um die Hälfte. Im Duisburger Hafen, in dem sonst 20-30 000 Tonnen täglich verladen werden, lagte die Arbeit vier Tage völlig. Auch in anderen Hafen ging der Umschlag um mehr als die Hälfte zurück. Die Getreideerzeugung sank ins Stoden, bedingt die Fleisch- und Kartoffelerzeugnisse. Die Getreideerzeugung sank um die Hälfte, die Getreideerzeugung, die am Freitag vor dem Putschtag noch 10 000 Tonnen betrug, sank auf 5 000 Tonnen am Dienstag nach dem Putsch. Die Weizenmehlproduktion auf dem Lande sank ebenfalls infolge der Produktion der neuen Regierung, daß die Zwangswirtschaft aufgehoben werden soll. Es haben sich noch andere Richtungen zu

Die wenigen Andeutungen genügen, um zu beweisen, daß die wirtschaftliche Lage durch den Mißtrauß wesentl. verschlechtert wurde. Ganzes wird überhaupt nicht wieder gut zu machen sein. Wohligerweise hat die Kappherrlichkeit nicht lange gedauert. Hätte sie 8-14 Tage länger gebauert, dann hätte das unseren Zusammenbruch bedeutet. Die Bevölkerung im Ruhrrevier verspürt die Wirkung noch heute in recht empfindlicher Weise, und das, was sich jetzt im Ruhrrevier ereignet, bekommt auch die übrige Bevölkerung zu spüren, weil wir ohne das Ruhrrevier unser Wirtschaftslieben nicht aufrechterhalten können. Hoffentlich gelingt es bald wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Um Wochen und Monate sind wir zurückgeworfen, die Folgen sind die minderbemittelte Bevölkerung am meisten zu spüren bekommen.

**So liegt's einmal im deutschen Blut:
Wie wollen kämpfend schaffen!
Wo deutsche Kraft und Arbeit ruht,
Daß sie in Ruh' erschaffen.**

Gottfr. Schwab.

Bewerkschaftliche Probleme

Von Fr. Ehrhardt.

II.

Im I. Artikel*) wurde darzulegen versucht, daß Deutschland mit einer längeren wirtschaftlichen Depression rechnen muß. Es wurde weiter darzulegen versucht, daß eine schlechte Wirtschaftslage auch einen schädlichen Einfluß auf die gewerkschaftliche Organisation ausübt. Wenn nicht alle Arbeitskräfte beschäftigt werden können, so ist damit doch noch nicht die Tatsache festgestellt, daß dadurch unbedingt sich die Lage der gesamten Arbeiterschaft verschlechtern muß. Eine Stärkung der Gewerkschaften, die mögliche vollständige Erfassung aller im Gewerbe tätigen Arbeiter durch die Arbeiterorganisationen ist von der größten Bedeutung. Nur dadurch bleibt der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung gewahrt. Unsere Anliegen müssen sich also darauf klar sein, daß mit allen Kräften in die Agitation eingetreten werden muß.

Werden die Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Lage und dem Druck auf dem Arbeitsmarkt die Schwierigkeiten gestellt, und wird dadurch andererseits der Einfluß der Gewerkschaften herabgemindert, so ist es notwendig sich auch anderer Mittel zur Erhaltung des Einflusses zu bedienen. Die Arbeiter in Deutschland haben das Wahlrecht mit 21 Jahren bekommen. Es ist gar nicht zweifelhaft, daß sie damit ein gewaltiges Machtmittel in die Hände bekommen haben. Wenn durch die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterorganisationen nicht den Einfluß ausüben können, den sie bei guter Konjunktur ausüben in der Lage sind, so ist es notwendig, sich auch der politischen Machtmittel zu bedienen. Meiner Ansicht nach kommen wir über die uns liegenden Schwierigkeiten nur hinweg, wenn die Arbeiterschaft es versteht, sich den politischen Einfluß zu sichern. Man braucht sich darüber nicht zu Illusionen zu sein, daß auch die politische Betätigung für die Gewerkschaften Schwierigkeiten zur Folge hat. Die Arbeiterschaft kann die Politik in hohem Maße beeinflussen, einmal durch die große Stimmenzahl, die sie in die Wagschale wirft, andererseits müssen aber auch geeignete politische Vertreter vorhanden sein. Es läßt sich gar nicht behaupten, daß die umfangreiche politische Betätigung der Revolution den Gewerkschaften eine Anzahl brauchbarer Kräfte entzogen hat; wir werden auch hier erst zu geordneten Verhältnissen kommen müssen.

In der Zukunft ist es von der größten Bedeutung, daß die Arbeiter auf die politischen Machtmittel des Staates Einfluß besitzen, denn was sie durch die Selbsthilfe nicht erreichen können, muß durch die Staatshilfe erzielt werden. Nun ist es noch richtig, daß auch eine Anzahl Personen aus den Reihen der Arbeiter die Interessen der Arbeiter vertreten können und vertreten werden. Dessen ungeachtet aber braucht die Arbeiterschaft Vertreter in den Parlamenten aus ihrem eigenen Kreise. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die Arbeiterparlamentarier die Interessen der Arbeiter vertreten könnten und vertreten werden. Dessen ungeachtet aber braucht die Arbeiterschaft Vertreter in den Parlamenten aus ihrem eigenen Kreise. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die Arbeiterparlamentarier die Interessen der Arbeiter vertreten könnten und vertreten werden.

Es ist aber die Interessen der Arbeiterschaft in den Parlamenten vertreten werden, so werden wir 1. geeignete Kräfte und 2. Kräfte, die die Interessen der Arbeiter vertreten können und vertreten werden. Dessen ungeachtet aber braucht die Arbeiterschaft Vertreter in den Parlamenten aus ihrem eigenen Kreise. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die Arbeiterparlamentarier die Interessen der Arbeiter vertreten könnten und vertreten werden.

gewerkschaftsbewegung eine Anzahl Kräfte für die politische Arbeit bereit stellen muß. Es ist ein Übel, daß diese auch noch mit der gewerkschaftlichen Agitation belastet werden könnten. Selbstheiten sind immer von Uebel. Die gewerkschaftliche Agitation sowohl, wie auch die politische Betätigung erfordern ganze Kräfte. Wir werden also zum mindesten eine Anzahl Personen haben müssen, die sich der politischen Betätigung widmen. Nun weiß ich wohl, daß verschiedentlich gegen die sogenannten Berufspolitiker ein Vorurteil vorhanden ist. Wir werden sie trotzdem nicht entbehren können. Es ist auch gewiß, daß die in der Politik tätigen Arbeiterführer vielleicht in der Zukunft im Interesse der Arbeiterschaft noch mehr wirken könnten, als wie in der Gewerkschaftsbewegung selbst. Meine eigene Auffassung geht dahin, daß ohne starken politischen Einfluß auch die Gewerkschaften ihren Einfluß einbüßen müssen. Hat man die Notwendigkeit einer Sache erkannt, so müssen auch die Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um das richtige Ziel unentwegt zu verfolgen. Sind die Gewerkschaften nicht in der Lage eine Anzahl geeigneter Kräfte zur Verfügung zu stellen oder hindert Kleinliche Auffassung die politische Betätigung, so wird die Arbeiterschaft selbst die Bezahlung bezahlen müssen. Eine Arbeitsteilung wird dann natürlich die nötige Folge sein müssen. Die Gewerkschaftsbewegung braucht verantwortliche Führer, die jederzeit zur Stelle sind. Es wird sich auf die Dauer kaum durchführen lassen, daß jemand eine einflussreiche politische Stellung bezieht und andererseits auch in der Gewerkschaftsbewegung wichtige Ämter bekleidet. Die Gewerkschaftsbewegung will mit den Augen des Gewerkschaftsführers betrachtet sein. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht die politischen Vorgänge aus dem Gesichtskreis verlieren. Sie darf aber auch nicht vom rein parteipolitischen Standpunkt betrachtet werden. Es ist gar keine Frage, daß die Menschen durch ihre Umgebung und Tätigkeit in stärkstem Maße beeinflusst werden und auch die Dinge dementsprechend beurteilen. Für die Gewerkschaftsbewegung könnte es verhängnisvoll werden, wenn sie nur unter politischen Gesichtspunkten betrachtet würde. Damit ist natürlich nicht gemeint, daß politisch sich betätigende Arbeiterführer auch in der gewerkschaftlichen Bewegung sich nicht nützlich betätigen könnten. Es ist nur eine richtige Ergänzung erforderlich. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht die Fühlung mit der Politik verlieren, umgekehrt darf auch der Politiker die Fühlung mit der Praxis nicht verlieren. Ergänzen sich beide in richtiger Weise so ist eine ersprießliche Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft bestimmt zu erwarten.

Seit Jahren haben wir ja die Forderung aufgestellt, daß die Arbeiterschaft selbst durch geeignete Kräfte in allen öffentlichen Einrichtungen vertreten sein müsse. Als wir diese Forderung verwirklichen sollten, haben wir doch einsehen müssen, daß sich große Schwierigkeiten zeigen. Immerhin, die volle Durchsetzung der Gleichberechtigung kann die Arbeiterschaft nur erreichen, wenn sie die geeigneten führenden Kräfte findet. Findet sie diese Kräfte nicht, dann wird ihr Einfluß im öffentlichen Leben nur ein geringer bleiben. Das Problem muß nach irgendeiner Seite gelöst werden. Die politische Betätigung ist in der Zukunft, wie gesagt, von der größten Bedeutung. Nur Vertrauenspersonen können als Arbeitervertreter die politischen Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Wir werden deshalb diese Kräfte nur aus der gewerkschaftlichen oder Arbeitervereinsbewegung nehmen können. Es ist notwendig, sich schon heute darüber klar zu sein, wie das Verhältnis zwischen politischer Betätigung und gewerkschaftlicher Arbeit geregelt werden kann. Von der richtigen Lösung hängt für die gesamte Arbeiterbewegung außerordentlich viel ab. Schon heute sind Kräfte an der Arbeit, die glauben, daß die Arbeiterschaft in Zukunft nur geringen politischen Einfluß haben wird. Beachten wir die Vorgänge beizeiten, damit wir keine Enttäuschung erleben.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeines

Die Wahlen in den Betriebsräten sind durch die Fixierung der letzten Lage vielfach verzerrt worden. § 102 des Betriebsrätegesetzes bestimmt, daß die erste Wahl spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzutreten ist. Diese Frist ist mit dem 22. März abgelaufen. Das hat vielfach Anlaß zu einer gewissen Verwirrung gegeben. Vom Reichsarbeitsministerium ist nun folgende von Verhandlungen in den Tageszeitungen darauf hinzuweisen worden, daß der § 102 genügt ist, wenn nur in der Zeit bis 22. März der Wahlvorstand gewählt worden ist. Das ist in den allermeisten Fällen nicht der Fall gewesen. Das hat nun es noch nicht geklärt, ob die Wahlvorstände überhaupt bestellt werden können, für die Eintragung von Streitigkeiten im Reichsarbeitsministerium, hat die Reichsarbeitsministerin erklärt, daß die Wahlvorstände, die nach dem 22. März gewählt wurden, nicht in die Liste der Wahlvorstände eingetragen werden können.

haben zu einer internationalen christlichen Gewerkschaftskonferenz nach dem Haag eingeladen. Verhandlungstermin der Konferenz sind der 5., 6. und 7. Mai d. J. Die Beratungskonferenz ist der Friedenspolitik in Aussicht genommen. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands werden durch eine stattliche Anzahl Delegierte vertreten sein. Als Vertreter unseres Verbandes nimmt der Kollege Wiebeberg an den Beratungen teil. Auch aus den übrigen Ländern ist eine starke Beteiligung zu erwarten.

Ser mit dem Heimstättengesetz!

Der Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften hat das Reichsheimstättenamt (Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dundersche Gewerkschaften), Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund) erlöst folgenden Aufruf:

Wo ist die Rettung?

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft!

Wie war die Entwicklung bisher?

Arbeiter, Angestellte und Beamte fordernden höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Notanprosse sind schneller. Mehr Geldzeichen kamen unter die Leute, Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Sinken der Preise — wieder Unzufriedenheit und Unruhe! — wieder Lohnerhöhung — wieder Steigen der Preise! Unruhe, Bruderkämpfe!

Soll es so weiter gehen?

Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aussehen muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Beseitigung des Bodens von einem falschen Rechte, das ihn, die Quelle aller Lebens und Arbeits, vielfach erdbeutet hat zu einer Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten. Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Ring von Gärten umgeben sein.

Kann zurzeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsobjekt brach liegen blieb, zwei oder dreimal soviel Nahrungsmittel hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeitszeit schliefen.

Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben auch ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir aber keine Spekulation mit unserem heimatischen Boden, auf dem nach diesem fürchterlichen Kriege die Bluthypothek der besten Söhne unserer Völker lastet.

Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Dulden wir keine planlose Vergeubung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen.

Die Bodenspekulation hat unser Volk zermürbt!

Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigen, vor Wüchsern geschützten Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volksregierung hat Aussicht, bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zur rettenden Tat schreitet!

Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein

durchgreifendes Heimstättengesetz!

Kein Heimstättengesetz aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Recht und Pflicht hat, eine Stelle, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine eheliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines

Reichsheimstättenamtes.

Boden darf nur noch eine Stätte der Arbeit und niemals mehr eine Quelle arbeitsloser Gewinne sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Zukunftsrecht der wenigen übergehen, die ihn als Heimstättenland bebauen wollen. Der bereits kaubare Land als Pachtland hat der soll ein Vorkauf auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß der Boden betriebsfertig werden.

Schlichtung über Spekulationsobjekte!

Darum kommen wir zur Klärung der Spekulationsobjekte mit der sofortigen Klärung!

Wie wir unsere Mitgliederzahl verdoppeln? Indem jeder Kollege ein neues Mitglied wirbt!

Stimmen zum Verbandstag

Zur Beitragsfrage

Seit Jahr und Tag erleben wir eine ständig sich verschärfende Teuerung, die nachgerade phantastische Formen angenommen hat. Dabei ist ein Ende noch gar nicht abzusehen. Um so mehr muß man staunen, daß es den gewerkschaftlichen Organisationen anscheinend bisher gelungen ist, ihre gewaltige Arbeit zu bewältigen mit einem Beitrag, der schon längst in keinem Verhältnis mehr steht zu der allgemeinen Preislage. Es ist mir das ein Beweis dafür, wie sparsam in den gewerkschaftlichen Verbänden mit dem Gelde umgegangen und wie gut kaufmännisch es verwaltet wird.

Diese Tatsache sollte aber auch die Mitglieder mit Vertrauen erfüllen und die Ueberzeugung bei ihnen festigen, daß, wenn die Organisation einen höheren Beitrag verlangt, dann auch die zwingende Notwendigkeit dafür vorliegt. Ungeachtet der heutigen Teuerungsverhältnisse bedarf es gar keines Beweises mehr, daß es unmöglich ist, mit den bisherigen Beiträgen auszukommen. Es wäre für den Verband besser gewesen, wenn die alten Bestimmungen noch in Kraft wären, wonach die Höhe des Wochenbeitrages durch die Höhe des Stundenlohnes bestimmt wurde. Wir brauchen dann gar nicht über Beitragserhöhungen zu diskutieren, sondern diese würden sich automatisch, so nach der Entwicklung der Stundenlöhne, von selbst regeln. Bileicht wäre es gut, wenn unsere bevorstehende Generalversammlung diesen Modus grundsätzlich wieder einführen wollte, wenn auch vielleicht mit ein wenig tiefer gegriffen, vielleicht 80-90 Prozent des Stundenlohnes. Davon müßten dann etwa 2/3 Haupt-Lassenbeitrag und 1/3 Lokalfassenbeitrag sein. Wenn der Lokalfassenbeitrag hierbei etwas hoch bemessen erscheint, so möge man bedenken, daß heute die Verwaltungskosten mit angestellten Kollegen einen beträchtlichen Teil der Agitation übernehmen, zurzeit wohl sogar den größten, eine Arbeit, die sonst in der Hauptsache der Bezirksleitung oblag und damit also auf Rechnung der Hauptkasse ging. Wir werden aber nicht daran vorbeikommen, wenn wir die jetzigen hohen Ausgaben decken wollen, der Beitrag ganz erheblich zu erhöhen. Bileicht wäre auch zu überlegen, ob wir nicht eine Regelung vornehmen sollten, wie sie schon ein Teil unserer Bruderverbände getroffen hat und die unter Umständen auch der Deutsche Bauarbeiterverband einführen wird, nämlich den gesamten Beitrag an die Hauptkasse abzuführen und die Ausgaben dann sämtlich auf die Zentrale zu übernehmen. Die Bedenken, die immer dagegen geltend gemacht wurden, können dadurch behoben werden, daß der Zentrale ein weitgehendes Kontrollrecht sowie das alleinige Recht zur Anstellung von Kollegen zugesprochen würde. Nach meiner Auffassung würde diese Regelung einen guten Einfluß auf die Arbeit der Lokalfassenstellen ausüben, besonders bei den Kollegen, die als Lokalfassenstelle gelten, aber Verwaltungsbezirke haben, die an Ausdehnung größer sind wie manche Bezirke. Gerade in diesen großen Verwaltungsbezirken, die in der Regel ländlichen Charakter tragen und verhältnismäßig wenig Mitglieder aufweisen, diese wenigen noch äußerst zerstreut wohnen, so daß zu ihrem Besuch weite Bahnfahrten erforderlich sind, sind die Agitationskosten ganz enorm, so daß diese Verwaltungsstellen mit dem üblichen Lokalfassenbeitrag gar nicht auskommen können. Für die Verwaltungsstellen anderer Bezirke sind aber diese Agitationsarbeiten von der größten Bedeutung, da sich die Mitglieder in den Großstädten und Industriegebieten überwiegend oder doch in erheblichem Umfang aus diesen ländlichen Gebieten rekrutieren. Wenn aber die Agitationsauslagen in diesen weitläufigen Gebieten allein von den heimischen Verwaltungsstellen getragen werden sollen, so ist das jedenfalls ohne unverhältnismäßig hohe Lokalfassenbeiträge nicht möglich, die aber bekanntermaßen gerade in diesen Gebieten nicht aufzubringen sind.

Es muß deshalb ein Ausweg gesucht werden. Die Zentrale leistet ja in vielen Fällen Zuschüsse. Auf die Dauer dürfte aber dieser Zustand kaum haltbar sein, und die Kollegen, die in jenen Gebieten angestellt sind und schon auf Grund dieser Verhältnisse keine Vermögenswerte Stellung haben, werden sich auch dafür bedanken, dauernd bei der Zentrale um Zuschüsse zu betteln, was letzten Endes einem Betteln um das Gehalt gleichkommt. Wir würden uns der vorgeschlagenen Regelung auch eine vürklichere Erleichterung der Kassengeschäfte erzielen und namentlich eine Besserung in der Ablieferung der Schlusssummen. Heute kann man es den Kollegen gar nicht denken, heute ist die Schlusssummen nicht einzuhandeln, da sie sonst in vielen Fällen auf das Trockene gesetzt sind. Besonders bei den nie abbrechenden Lohnbewegungen können sie den Mitgliedern nicht sagen, wartet mal so lange, bis ich mir das Geld bekommen habe; wenn die Kollegen den Lohn verlangen, muß er kommen, andernfalls ist es ein unheilbarer Zustand, der die ganze Verbandstätigkeit im Grunde auf das schwerste gefährdet und die Arbeitsfruchtbarkeit des angestellten Kollegen untergräbt.

Aus diesen Zuständen müßte es einen Ausweg geben, und diesen müßte unsere Generalversammlung finden. Bileicht können noch einige andere Kollegen ihre Meinung dazu und geben bessere Wege an, die aus diesen Verhältnissen herausführen.

Soj. Kreuz-Robling.

Anmerkung der Hauptkasse: Das Juridische der Schlusssummen der Betriebsabrechnungen ist eine Sache, die überhaupt nicht zu betonen ist. Jedes Mitglied jeder ordnungsmäßigen Organisation hat das Recht, auf dem Wege der Verhandlung mit dem Arbeitgeber, niemandem aber durch Zwangsmaßnahmen, die Lokalfassenstellen haben in

Am 17. April ist der sechszehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

In solchen Fällen frühzeitig einen Antrag beim Hauptvorstand um Vor- oder Zuschuß zu stellen. Soviel kann man doch wohl von einer Ortsverwaltung erhoffen, daß sie frühzeitig in der Lage ist, festzustellen, ob die lokalen Einnahmen zur Deckung der lokalen Ausgaben ausreichen oder nicht. Das Kollege Kreuz-Robling nennt, ist doch nur Einnahme. Ein solcher Vorgang kommt im geschäftlichen Leben alle Tage vor, ohne daß jemand daran Anstoß nimmt. Voraussetzung ist nur, daß alles auf ordnungsmäßigem Wege zugeht.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Saarbrücken.

Nach mehrmaligen Verhandlungen konnten am 12. März 1920 auch für unsere Kollegen im Bezirk Saarbrücken die Löhne wieder neu geregelt werden. Wenn die jetzt erneut festgesetzten Stundenlöhne unsere Kollegen nicht allgemein befriedigen, so ist dies in Anbetracht der zurzeit hier bestehenden unerhörten Teuerungsverhältnisse zu verstehen. Wir nehmen aber an, daß unsere Mitglieder auch dieses Mal mit dem Ergebnis sich abfinden werden. Folgende Resultate wurden vereinbart: Es erhalten Maurer, Zimmerer, Zementarbeiter und Dachbeder ab 15. März 1920 pro Stunde 5 $\frac{1}{2}$ M, Zypser 5,10 M, Pfisterer 5,30 M, Kammer 4,80 M, erste Fräser 6 M, zweite Fräser 5,50 M, Schreiner 5,20 M, Bauhilfs-, Erd- und Plazarbeiter über 20 Jahre 4,40 M. Für jugendliche Hilfsarbeiter unter 20 Jahren gelten folgende Sätze: Es erhalten 19- bis 20jährige 3,90 M, 18- bis 18jährige 3,20 M, 17- bis 18jährige 2,70 M. Für die Altersklassen vom 14. bis 17. Lebensjahr gelten die Sätze von 1,20 M, 1,60 M und 2 M als Mindestlöhne.

Diese Lohnsätze haben Gültigkeit für den Stadt- und Landkreis Saarbrücken, St. Ingbert, und im Kreise Saarlouis für die Orte Saarlouis, Dillingen, Frau-lautern und Pachten. In allen übrigen Orten des Kreises Saarlouis sowie in den Kreisen Ottweiler und Homburg sind die Löhne für alle Berufsgruppen und Lohnklassen um 10 Pfg. pro Stunde niedriger. Im Kreise St. Wendel sind die Stundenlöhne im allgemeinen um 20 Pfg. pro Stunde niedriger als im Kreise Saarbrücken. Die vereinbarten Lohnsätze werden ab 15. März 1920 gezahlt. Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie überall auf den Arbeitsplätzen dafür sorgen, daß die vereinbarten Löhne gezahlt werden, und bitten nochmals, sich mit den festgesetzten Löhnen zufrieden zu geben. Daß im Augenblick nicht mehr zu erreichen war, ist nicht unsere Schuld.

Werde Kollegen! Gleichzeitig wollen wir noch auf einen Umstand aufmerksam machen, der sich in letzter Zeit in erheblicher Weise hier bemerkbar macht. In Anbetracht der teuren Lebensweise in diesem Gebiet und in Anbetracht der sehr großen Entwertung unseres Geldes hat ein großer Teil der saarländischen Bauarbeiter sich anderwärts besser bezahlte Arbeitsgelegenheit gesucht und auch gefunden. Ein sehr großer Teil unserer Mitglieder ist in den letzten Wochen in das französische Aufbaugesbiet abgewandert, um dort ein höheres Einkommen zu erzielen. Wie uns einzelne unserer Kollegen, die dort bisher in Arbeit standen, berichten, sind die Verpflegungs- und Wohnverhältnisse dort sehr befriedigend. Dieses wird bestimmt noch einen weiteren Teil unserer Mitglieder veranlassen, in der nächsten Zeit ebenfalls nach dem Aufbaugesbiet abzuwandern, wenn es hier uns infolge des Mibestandes seitens der Arbeitgeber nicht gelingen sollte, Löhne zu erzielen, die das Leben hier einigermaßen erträglich gestalten. Jetzt schon macht sich hier ein fühlbarer Mangel an gelehrten Arbeitern bemerkbar, der auch von den Bauunternehmern zugestanden wird. Trotzdem uns die Bauunternehmer hier geradezu anbeteln, wir sollten doch dafür Sorge tragen, daß dieser Mangel behoben wird, können sie sich nicht dazu aufschwingen, Löhne zu zahlen, die dieser Mangel einen Anreiz vorchieben. Wir hoffen, daß wir auch hier recht bald Arbeitsverhältnisse und Löhne erhalten werden, die unseren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, in der Heimat so viel zu verdienen, daß sie ihre Familie ernähren können und nicht mehr in das Ausland abzuwandern brauchen.

Unseren Mitgliedern, die zurzeit im Bieder-Aufbaugesbiet beschäftigt sind, möchten wir doch dringend nahelegen, dafür zu sorgen, daß diese Abwesenheit von dem Heimatort, die in der Regel ja mit Unterbrechungen von vier Wochen sich vollzieht, keine Veranlassung bietet, ihre Mitgliedschaft im Verbands aufzugeben. Wir möchten unseren Kollegen empfehlen, während der Abwesenheit vom Heimatort irgendeinen vertrauenswürdigen Kollegen mit dem Austragen des Verbandesorgans und dem Ein-lässigen der Wochenbeiträge zu betrauen und so dafür zu sorgen, daß die Mitgliedschaft im Verbands auch während der Abwesenheit aufrecht erhalten bleibt und die Verbandsgeschäfte ohne Unterbrechungen weitergeführt werden können. Wir haben auch das Vertrauen zu unseren Kollegen, daß sie bereit sind, dieses zu tun und nehmen an, daß unsere Ratssätze in dieser Angelegenheit von allen Kollegen befolgt werden.

Verbandsnachrichten

Verwaltungskasse Berlin. Am 27. Februar und 31. März d. J. hielten wir unsere Generalversammlung ab. So wie das Verbandsleben durch die Vorgänge im letzten Jahre wesentlich beeinträchtigt worden ist, so hat auch die Beendigung der Generalversammlung durch die Ereignisse in den letzten Wochen eine unvorhergesehene Verzögerung erfahren. Nichtsdestoweniger kann aber das Verbandsleben des vergangenen Jahres als ein gutes bezeichnet werden. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, den Kollege Bergmann erstattete, war ersichtlich, daß die Mitgliederzahl erheblich gestiegen ist. Die Arbeitslosigkeit war trotz der ungünstigen Konjunktur mäßig. Wesentliche Lohnerhöhungen bzw. Teuerungszulagen sind wiederholt erzielt worden. Die Anerkennung der Leistungen des Verbandes durch die Mitglieder und deren Opferwilligkeit zeigt die zweimalige Erhöhung der Beiträge. Ab 1. April beträgt der Wochenbeitrag 3 M für die gelehrten und 2,80 M für die ungelehrten Berufs. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Paul Wegoll, 2. Vorsitzender Rieckin; 1. Schriftführer Gregor Kozlowski, 2. Schriftführer Mielert; 1. Kassierer Max Pleisch, 2. Kassierer A. Bergmann. Zum ersten Male ist der Lokalfassen Kollege Bergmann von der Führung der Kassengeschäfte entlastet worden, um ihm mehr Zeit für anderweitige Arbeiten im Interesse des Verbandes und der Kollegen zu geben. Möge diese Regelung dazu beitragen, das Verbandsleben in diesem Jahre zu neuer Blüte zu führen. Arbeit aber jeder an der Ausbreitung und Festigung des christlichen Bauarbeiterverbandes in der Reichshauptstadt mit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wettmann. Am 8. März fand unsere erste Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Weinbach, gab einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr; dieses sei reich an Arbeit, aber auch reich an Erfolgen gewesen. Am 15. März vorigen Jahres ist die heutige Ortsgruppe mit 7 Kollegen gegründet worden. Die Zeit, in der wir lebten, war nicht günstig für unsere Bewegung, aber im Vertrauen auf unsere gerechte Sache und christlichen Grundsätze haben wir den Kampf aufgenommen und gute Erfolge erzielt, beträgt doch heute unsere Mitgliederzahl 24. Mithilfe und Aufklärung wurde uns in weitestem Maße durch die Verwaltungskasseneitung des Kollegen Deppe zuteil. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind durch den Anschluß an das bergische Wohngebiet auch nach dortigem Muster geregelt. Der Lohn stieg von 1,85 bis 1,26 M auf 4,40-4,30 M ab 11. März d. J. Der Versammlungsbuch ist durchschnittlich ein guter gewesen. Organisationsmöglichkeiten sind noch vorhanden. Diese auszunutzen, muß unser nächstes Ziel sein. Kollege Deppe, Elberfeld, sprach den Dank der Verwaltungskasse für die geleistete Arbeit aus und leitete die nun vorzunehmende Vorstandswahl. Gewählt wurden die Kollegen J. Weinbach als 1., J. Meier als 2. Vorsitzender; Albert Hüb als 1. und Ph. Wingenbach als 2. Kassierer; Hugo Schneppering als 1. und Martin Meien als 2. Schriftführer; Kassenprüfer die Kollegen J. und J. Schneppering. Kollege Deppe hielt sodann einen sehr lohnreichen Vortrag über das Betriebsrätegesetz und ersuchte die Kollegen, bei der kommenden Wahl ihre Pflicht zu tun. Es wurden dann noch die einzelnen Anträge zum neuen Tarifvertrag beraten und die Wahl des Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung vorgenommen. Gewählt wurde einstimmig Kollege Deppe, Elberfeld. Mit dem Wunsch, am Jahreschluss weiter gewachsen zu sein, erfolgte Schluß der Versammlung.

Duerstadt. Am Sonntag, den 7. März, fand die diesjährige Generalversammlung statt. Sie war leider schwach besucht. Regenwetter nebst Schuttratswahlen haben die Kollegen wohl abgehalten. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Verwaltungskasse sich günstig entwickelt hat. Neuaufnahmen wurden 117 erzielt und betrug der Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt 200. Im vollen Beitragsmarken wurden 8889 Stück umgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosenmarken beträgt 4600. Letztere Zahl ist verhältnismäßig hoch. Sie erklärt sich aber dadurch, daß wir hier der Sammelplatz derjenigen arbeitslosen Kollegen sind, welche in den Sommermonaten außerhalb arbeiten. Während der Arbeitslosigkeit an ihren sonstigen Arbeitsplätzen kommen sie nach hier und wir müssen ihnen die beitragsfreien Marken geben. Die Einnahmen der Verwaltungskasse betragen 7254,95 M. Davon erhielt die Zentralkasse in bar 3458,20 M, während 2342,50 M für die Zentralkasse an Unterstiftungen veranlagt wurden. Diese Summe setzt sich zusammen aus 630,80 M Streifenunterstützung, 664,70 M Krankenunterstützung, 876 M für Arbeitslosen- und 151 M für Stabsunterstützung. Die reinen lokalen Ausgaben betragen 936,57 M. 997,95 M wurden an die Bezirkskasse abgeführt. Der jetzige Kassenbestand beträgt 185,40 M. Durch die Zusammenfassung aller früheren Jahresschlüssen in eine einheitliche Verwaltungskasseneitung sind auch die Kassenverhältnisse günstiger geworden. Insbesondere der Lohnverhältnisse hat der Verband es verstanden, Erfolge zu erzielen. Innerhalb eines Jahres ist der Stundenlohn für Maurer von 0,30 M auf 2,80 M, und für Bauhilfsarbeiter von 0,70 M auf 2,70 M pro Stunde gebracht worden. Wenn dieser Lohn auch noch nicht den Teuerungsverhältnissen voll entspricht, so ist es aber doch für unsere Verhältnisse ein beachtenswerter Erfolg und kennzeichnet den Wert der Organisation und besonders den Wert unseres christlichen Bauarbeiterverbandes. Schluß ist hier ausnahmsgebender Natur und hat auch den Erfolg bewirkt. Man möge die letzten daraus und arbeite an dessen Stärkung. Hierbei sei zugleich auch einmal ein ernstes Wort über noch bestehende Mängel an einem Teil der heutigen und der einstweiligen Kollegen

im allgemeinen gerichtet. Bei jeder Lohnverhandlung mahnen wir die Arbeitgeber den Vorwurf, daß unsere Leute noch nebenbei auf eigene Faust arbeiten ausführen und dadurch ihnen die Arbeit fortnehmen und die Preise drücken. Leider ist dieser Vorwurf berechtigt. Es sind weniger Kollegen, die ständig hier arbeiten, als wir Kollegen, die sonst im allgemeinen außerhalb arbeiten. Wenn diese Kollegen aus irgendwelchen Gründen nicht in der Fremde tätig sein können und sich in ihrem Heimatort dann Arbeit bieten, so wird, unbekümmert um die tariflichen Abmachungen, darauf los getouriert. Dem Vorkommnis über Verwandten und Bekannten zuzuliebe wird nicht in den meisten Fällen unter Tariflohn gearbeitet. Obendrein war dafür im Jahre 1919 ein typisches Beispiel. Es ist so verständlich, wenn man gern in der Heimat beschäftigt sein will, um bei der Familie sein zu können, doch darf dieses nicht zur Lohnmindererfahrung führen. Wenn man hier arbeiten will, so soll man sich bei den Arbeitgebern melden. Müßt sich eigene Regiearbeit absolut nicht umgehen, dann muß Unternehmervollmacht gefordert werden. Grundlag muß aber sein: Dem höchsten Arbeitgeber die Arbeit, und er hat mit Tariflohn zu zahlen. Dieses gilt vor allem für diejenigen Kollegen, die nur mal vorübergehend hier arbeiten. Wenn man glaubt, die paar Wochen, wo man einmal hier ist, billiger arbeiten zu können, so ist diese Handlungswelt höchstem schädlich. Dadurch wird die heutige Kollegenarbeit schwer geschädigt, weil die Lohnaufbesserungen dadurch behindert werden. Die Tariflöhne, wie selbige in Duderstadt vereinbart wurden, gelten für den ganzen Kreis. Wir hoffen, daß künftig die Kollegen in allen Orten diese Vereinbarungen strikte innehalten. Man nehme sich ein Beispiel an unseren Nesselroder und Wingeroder Kollegen. Dort herrscht Ordnung. Wie dort Solidarität herrscht, muß es auf der ganzen Linie sein. Die Konkurrenz nahm auch zu der Vertragsfrage Stellung. Allgemein wurde betont, daß infolge des jetzigen Stundenlohnes der Vertrag ab nächsten Quartals erhöht werden müsse. Ein Beitrag von 1,40 bezw. 1,50 M sei nicht zu hoch. Die Ortsgruppen sollen ihre Mitglieder darüber unterrichten. Eigentümlich wurde es empfunden, daß der Bauarbeiterverband mit einem Beitrag von 0,90 M eintrifft. Diese Haltung kann aber für uns nicht maßgebend sein, denn wie der Deutsche Bauarbeiterverband 14 Wochenbeiträge erhob, und wir nur innerhalb 40 Wochen Beiträge zahlen, haben unsere Kollegen sich auch nicht daran gehalten. Für uns sind unsere eigenen Angelegenheiten maßgebend. Auch sind unsere Kollegen doch wohl aus Ueberzeugung christliche Gewerkschafter. Darum auch Pflichterfüllung, und dazu gehört eine angemessene Beitragsleistung. Außer unserem Bauarbeiterverband marschieren die christliche Gewerkschaftsbewegung auf dem Lande im allgemeinen, Tabakarbeiter, Klempner, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Textilarbeiter, Angestelltenverband bewegen sich aufwärts. Der Grundstein zu diesen Organisationen wurde in den meisten Fällen von uns gelegt. Neben der gewerkschaftlichen Organisation marschieren heute die Gewerkschaftsbewegung. Vor 14 Jahren wurde der Grundstein zu der Konsumgenossenschaft gelegt. Heute zählt selbige 30 Personalstellen. Die Mitgliederzahl beträgt über 3300 mit einem Umsatz von etwa 17.000 M. Der Umsatz dürfte in diesem Geschäftsjahr eine Million Mark erreichen. Die Gefahr besteht in dem Erfolg. Eine Summe von Arbeit war damit verknüpft, doch das erste Resultat wiegt alle Mühen auf. Die Konsumgenossenschaft ist ein neues Stück Arbeit in der Reihe christlicher sozialer Bewegungen, eine neue Kraftquelle, die auch auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung mit der Zeit glänzende Erfolge zeigen wird. Auch auf diesem Gebiete sind wir Bauarbeiter die Helden geworden. Wir Bauarbeiter können und also mit unseren Erfolgen im letzten Jahre sehr zufrieden sein. Wir freuen uns dieser Erfolge. Wir wollen aber nicht eingebend an dem alten Ruhmes, mit niederjährlicher Fähigkeit an dem Ausbau unserer Organisationen weiterarbeiten. Stärken wir unseren Bauarbeiterverband zur Erreichung besserer Wohnbedingungen; fördern wir die Konsumgenossenschaft zur Erzielung einer besseren Warenbeschaffung, dann leisten wir das beste Stück Kapitalgenossenschaft.

Wahlkreis. Am Sonntag, den 8. März, fand im Saal des Hotels Koperulus eine gut besuchte Versammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Der Vorsitzende ist Ortsgruppe der Zimmerer, Kollege Ewald, der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle, Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle, 2. Vorbereitung der Delegierten zum Verbandstag, 3. Geschäftliches. In Punkt 1 wurde von Kollege Ewald in eingehender Uebersicht der Lage der dringende Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge festgestellt. Der Verhandlung der Zeit wurde eine große Bedeutung beigemessen, nicht den Punkten 2 und 3. In Punkt 2 wurde von Kollege Ewald in eingehender Uebersicht der Lage der dringenden Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge festgestellt. Der Verhandlung der Zeit wurde eine große Bedeutung beigemessen, nicht den Punkten 2 und 3. In Punkt 3 wurde von Kollege Ewald in eingehender Uebersicht der Lage der dringenden Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge festgestellt. Der Verhandlung der Zeit wurde eine große Bedeutung beigemessen, nicht den Punkten 2 und 3.

Düsseldorf. (Jahresbericht.) Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle fand am 14. März statt. Da die Straßenbahn streikte, konnten viele auswärtige Kollegen nicht an der Versammlung teilnehmen. Der Vorsitzende, Kollege Viden, führte einleitend den Kollegen die augenblickliche schwierige politische Lage vor Augen und ermahnte alle, in den nächsten Tagen hoch auf der Hut zu sein. Dann machte er die Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches, 2. Jahres- und Kassenbericht, 3. Delegiertenwahl zum Verbandstag, 4. Beitragsverhöhung, 5. Vorstandswahlen und Verschiedenes. Im Geschäftlichen wurde mitgeteilt, daß die Sammlung für die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen 777 M ergeben habe. Eine Sammlung für den schwerverletzten Kollegen Wachen, der durch eine Bombe im Herbst 1918 schwer am Kopf verletzt wurde und noch heute im Lazarett liegt, ergab den Betrag von 96,85 M. Danach gab Kollege Meister den Jahresbericht bekannt. Das vergangene Jahr war das Jahr der Demobilmachung. Besonders in Düsseldorf, wo die Kriegswirtschaft sehr stark vertreten war, wurde die Stadterhaltung vor eine riesige Aufgabe gestellt. 100 000 Menschen arbeiteten in der Rüstungsindustrie. Das Hindenburgprogramm hatte alle Menschen mobil gemacht, und als am 11. November 1918 der Waffenstillstand eintrat und dadurch die meisten Arbeitskräfte zur Entlassung kamen, war eine gefährliche Situation geschaffen. Dazu kam noch, das Juristatut der Heeresmänner, die ebenfalls Unterkunft suchten. Die Arbeitslosigkeit beim städtischen Arbeitsnachweis war daher auch immer sehr hoch, und stand am 9. April 1919 auf 21 575. Das Baugewerbe lag auch in diesem Jahre sehr darnieder. Die Stadt sowohl, wie einige Bauvereine und Genossenschaften begannen mit Ersatzbauweisen, die aber auch nur immer auf kurze Zeit begrenzt waren. Der Wohnungsmarkt spielt sich jetzt auch zumeist, wie es mit anderen Waren geht, im Stillen ab. Die Rationierung förderte nicht viele Wohnungen zutage, dagegen hatte das Mietseignungsamt wegen fortgesetzter Mietssteigerungen Schwierigkeiten. Auf die Tarif- und Lohnfrage mußte viel Zeit verwandt werden, weil die stetige Steigerung aller Bedarfsartikel eine weitere Teuerungszulage bedingte. Der Stundenlohn für gelernte Berufe, welcher im Dezember 1918 noch auf 1,58 M stand, wurde im Laufe des Jahres auf 3,30 M erhöht. Diesen Steigerungen mußten auch die Spezialberufe folgen. Im Treibbaugewerbe sowie in einer Reihe von Betrieben kam es zu Arbeitsentlassungen. An Streikunterstützung wurden 4652,20 M gezahlt. Zum ersten Male trat die Gewerkschaftenunterstützung in diesem Jahre in die Erscheinung. Die Arbeitslosigkeit war zu Beginn des Jahres groß; so hatten wir im Monat Februar, März und April durchschnittlich 30 Arbeitslose zu verzeichnen. Es wurden gezahlt im 2. Quartal bet 442 Arbeitslosentagen 800,15 M, 3. Quartal 157 Arbeitslosentage 297,90 M, 4. Quartal mit 118 Arbeitslosentage 287,40 M, zusammen 1385,45 M. Außerdem zahlte die Organisation vom 12. November 1918 bis 15. November 1919 aus der städtischen Arbeitslosenunterstützung an 45 Kollegen 28 125 M. Die Agitation war infolge von Verkehrsbeschränkungen und Passschränkungen zum besetzten Gebiet sehr erschwert. Die Revolution und Araberherrschaft, deren Dreiben besonders in Düsseldorf ihre Brutstätte fand, ließ die Agitationsfähigkeit für die christliche Idee nicht voll zur Geltung kommen. Auch fehlten die früheren besten Kräfte, die in der Heimat geblieben sind, weil sie bange sind, keine Wohnung zu bekommen und hungern zu müssen. Die Mitgliederzahl war im 4. Quartal 1918 noch 261, stand im 4. Quartal 1919 auf 419 und geht nun fast auf 500 zu. Aufgenommen wurden 206. Vom Militär zurück 42, übergetreten waren 38 Kollegen. Die Versammlungen wurden durch die Besatzungsbehörden stark beeinträchtigt. Sie mußten in besetzten Gebäuden abgehalten und die Anmeldungen teils in fremder Sprache geschrieben sein, was mit mancherlei Kosten verknüpft war. Es fanden 62 Mitgliederversammlungen, 26 Parlaments- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Außerdem nahm der Beirat noch an 113 sonstigen Sitzungen und Konferenzen teil. Eingegangen sind an Briefen 208, Karten 127, Pakete 88. Ausgegangen 322 Briefe, 74 Karten und 249 Drucksachen. Ferner wurden 1240 Einladungszettel auf der Schreibmaschine hergestellt. Das Bureau hatte sich auch verständlich mit Rechtsanwaltschaften zu befassen. Der Demobilisierungsausschuß, Entlassungsausschuß und das Gewerbeamt mußten wiederholt angerufen werden. Auch am Versicherungs- und Oberverwaltungsamt wurden Streitigkeiten aufgetragen. In Bezug auf geistige Erhaltung konnte wenig geschehen, da die Aufmerksamkeit in den Sitzungen und Versammlungen immer wieder auf die Angelegenheiten gelenkt wurde. In Beitragsmatten wurden bezahlt 15 214 Stück. Die Gesamtsumme der Beiträge betrug 15 334,83 M, die Ausgabe 12 018,15 M. Die Einnahme der Lotterielose betrug 11 133,83 M, die Ausgaben waren 10 464,75 M. Der Lotterienbestand beträgt 689,08 M. Kollege Meister dankte allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern für die treue Mitarbeit und bat sie, auch im neuen Jahre wieder ihre Pflicht zu tun. Darauf fand die Delegiertenwahl statt. Der Etat für das neue Jahr wurde festgestellt. Die Bilanz der Verwaltungsstelle wird demnächst veröffentlicht werden. Die Delegiertenwahl zum Verbandstag förderte folgendes Resultat: Es wurden erwählt: Kollege Düren 61, Kollege Duderstadt 41, Kollege Göttingen 14 und Kollege Hannover 11. Der Etat wurde mit 1000 M festgesetzt.

richtiggestellt waren, wurde die anregend verlaufene Generalversammlung durch gut gewählte Ernennungsworte des Vorsitzenden geschlossen.

Ruda. 24. März 1920. Einen interessanten Verlauf nahm heute unsere Versammlung, welche von ca. 240 bis 250 Mitglieder besucht war. Die Kollegen des Baugewerbes waren fast vollständig erschienen. Der Kollege Wotna eröffnete die Versammlung mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Jahreshalle Ruda nunmehr bei allen Versammlungen so geschlossen auf den Plan tritt, wie es dieses Mal der Fall war. Dann erteilte er dem Kollege Ewald zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Frühjahrsaufgabe unter Berücksichtigung der oberschlesischen Verhältnisse“ das Wort. Unter anderem führte er aus: Viel Verbandsarbeit ist geleistet worden, jedoch die Wirklichkeit zeigt, daß noch unendlich viel getan werden muß, wenn die geistige Weiterbildung und Schulung unserer Kollegen gleichen Schritt mit der zahlenmäßigen Entwicklung unseres Verbandes in Obereschlesien halten will. Ein jeder Kollege muß mit stärkster Energie an seiner Vervollkommnung arbeiten. Nur eine Bewegung kann Fortschritte erzielen, deren Führer — und das sind die örtlichen Vorstände und Vertrauensmänner — voll und ganz unsere Volkswirtschaft, unser sozialpolitisches, wie überhaupt unser öffentliches Leben verstehen. Jede Bewegung, die nur auf agitatorischer Phrasendrescherei aufgebaut ist, entbehrt auf die Dauer der inneren Kraft und Wärme. Unsere christlich organisierte Arbeiterkraft, und ganz besonders unsere Bauarbeiter in Obereschlesien, soll und muß der Hauptstütze für die übrige Arbeiterbewegung, wie für das öffentliche Leben sein, das alles mit unserem Geiste durchdringt. Welches Verständnis die Kollegen den Worten entgegenbrachten, zeigt die Tatsache, daß für ca. 80 M Broschüren verkauft werden konnten. Erfreulicherweise haben sich unsere jungen Kollegen in dieser Beziehung hervorgetan. Zum nächsten Punkt: Vorstandswahl, wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Franz Janik, Zimmerer, 2. Vorsitzender Kozioł, vom Tiefbau, 1. Hauptkassierer Buchta, Maurer, Hilfskassierer die Zimmerer Schneider und Dypall, ferner für das Treibbaugewerbe die Kollegen Przymara, Elektrizität und Brau Martha Knapp, Schriftführer Edward Wotna, Zimmerer. Zum Punkt: „Beitragssatzwahlen“ gab Kollege Wotna einen ausführlichen Bericht über die Handhabung dieser für die Freude aller Kollegen erlebten auch noch in diesen Abendstunden von Deutchen kommenden unser Kollege Ehrhardt, der die treuen Betriebsratsparagrafen in interessanter Weise als einen außerordentlichen Fortschritt für die Arbeiterkraft darstellte. Nach einer ca. dreistündigen Dauer der Versammlung wurde diese vom Kollegen Wotna mit einem warmen Appell zur weiteren Mitarbeit geschlossen. Nachmal dankte er allen Kollegen für das treue Aussehen, zumal der größte Teil der Versammlung wegen der Ueberfüllung des Saales hinfestehend beobachtet wurde.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Oberhausen, Rhld.

Da am 1. April 1920 der Kollege Dörb in städtische Dienste getreten ist, übernimmt von diesem Tage ab der Kollege Adam Jessäbt wieder die Geschäfte der Verwaltungsstelle. Alle Zuschriften sind an dessen Adresse, Oberhausen, Düppelstraße 49, zu richten. Telefonnummer 1106. Die Bureaustunden sind wie bisher jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand.

J. M. Jessäbt

Sterbefahel.

- Am 29. Februar starb unser treuer Kollege **Johann Peters** (Erdbewerber) aus Kanten, im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung. Ortsgruppe Kanten.
- Am 9. März starb unser treuer Kollege **August Kuebel** an Schindbrust. Verwaltungsstelle Wln.
- Am 10. März starb plötzlich unser Kollege **Wilhelm Samel** im Alter von 48 Jahren an Herzleiden. Verwaltungsstelle Raderon.
- Am 14. März starb unser treuer Mitglied der Kollege **Aug. Bauer** (Mauhilfsarbeiter) im Alter von 17 Jahren an Grippe. Verwaltungsstelle Duderstadt.
- Am 15. März starb infolge eines Unfalls unser langjähriger treuer Mitglied **Albert Seidel** aus Gänzel. Ortsgruppe Essen (Maurer).
- Am 20. März starb unser Kollege **Silvester Steinhorn** an Grippe. Ortsgruppe Gelsenkirchen.
- Am 2. April verstarb unser treuer Kollege und 2. Kassierer **Heinrich Blas** an Schindbrust im Alter von 46 Jahren an Schindbrust. Der Ueberlebende der Händereichen ist: Ortsgruppe Duderstadt.

Eine Ueberzeugung.